

KULTURGESPRÄCH

«Aus Bern müssen mehr Gelder für die Erhaltung des Romanischen gesprochen werden»

Der diesjährige **Kulturpreisträger Martin Bundi** hat nicht nur das kulturelle, sondern auch das politische Leben in Graubünden in den letzten Jahrzehnten wesentlich mitgeprägt. Mit dem BT redet der Lehrer, Gelehrte und Politiker über sein **Lebenswerk**.

► SABRINA BUNDI

BÜNDNER TAGBLATT: Herr Bundi, herzliche Gratulation zum Kulturpreis des Kantons. Wie gross war Ihre Überraschung, mit 81 noch diese hohe Anerkennung zu erhalten?

MARTIN BUNDI: Die Überraschung war sehr gross. Ich habe nicht damit gerechnet.

Im letzten Jahr nutzte Kulturpreisträger Giovanni Netzer die Kulturpreisfeier, um verschiedenste Forderungen aufzulisten. Wie wird Ihre Dankesrede sein?

Sie wird ziemlich kurz ausfallen, denn ich möchte keinen Kommentar zur Kulturpolitik abgeben, sondern mich einfach bedanken.

Wie haben Sie die Entwicklung der Kulturförderung durch den Kanton wahrgenommen?

Insgesamt gut. Vor allem gefällt mir, dass der Kanton viele, insbesondere junge Talente gefördert hat und weiterhin fördert.

Nun will der Kanton das Kulturförderungsgesetz revidieren. Was denken Sie muss dabei dringend beachtet werden?

In erster Linie wird das neue Kulturförderungsgesetz sich darum kümmern, dass die für das Kulturschaffen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel gerecht verteilt werden. Etwas möchte ich kritisch anmerken: Kultur- und Tourismusförderung sollen nicht miteinander vermischt werden. Vor allem dürfen die Bedingungen für das Kulturschaffen nicht von Vereinen und Tourismusbüros bestimmt werden. Ansonsten geschehen solche Flops wie mit dem sogenannten Jakobsweg, wo grosse Summen aufgewendet wurden für eine Sache, die historisch gesehen eine Erfindung von A bis Z ist.

Im Moment beschäftigen Sie sich mit der Stadtgeschichte von Ilanz. Sind Sie auf neue Ergebnisse gestossen?

Uns ist daran gelegen, mit der Bearbeitung der Ilanzer Stadtgeschichte vor allem einzelne Phasen und Ereignisse näher zu beschreiben. Was man sich bis jetzt vielleicht zu wenig bewusst war, ist, dass die Stadt Ilanz zu Beginn des 16. Jahrhunderts ein bedeutender Ort war. Viele Bundestage der Drei Bünde, das Parlament des Gesamtstaates Graubünden, haben in Ilanz stattgefunden – und zwar in einer Zeit des Aufbruchs, von Humanismus, Renaissance und Reformation.

Ist die Vermutung berechtigt, dass die Renaissance ihre Lieblingsepoche ist?

Ja, ich bin aber eigentlich ein Generalist. Was sich allerdings als roter Faden durch all meine Publikationen zieht, ist das Element des Rätertums, das in prähistorischer Zeit beginnt, in römischer Zeit weiterlebt und im Frühmittelalter eine gewaltige Aufwertung erfährt und ein einzigartiges Freiheitsbewusstsein entwickelt.

Sie sind nicht nur Forscher, Lehrer und Gelehrter, sondern auch Politiker. Und – etwas unüblich für jemanden aus der Surselva – Sozialdemokrat. Wie kam es dazu?

Ich habe mich für die Sozialdemokratie entschieden, weil ich von Jugendalter weg daran gewohnt war, praktische Arbeit zu leisten – bei Bauern, Handwerkern, oder auch zu Hause. Dort habe ich erkannt, wie wertvoll und wichtig es ist, dass die Menschen, welche diese Arbeiten ausführen, auch in der Politik Fürsprecher haben. Die Werke von Leonhard Ragaz haben mich dann



«Kultur- und Tourismusförderung sollen nicht miteinander vermischt werden»: Kulturpreisträger **Martin Bundi** über die Ausgestaltung des neuen Kulturförderungsgesetzes. (FOTO YANIK BÜRKLI)

endgültig zu einem Beitritt in die SP bewegt.

1975 gelang es Ihnen, die damalige «Zauberformel» 2 SVP, 2 CVP, 1 FDP zu knacken und auf Kosten der heutigen BDP einen Nationalratsplatz zu erobern.

Erinnern sie sich noch an diese Wahl?

Ja, ich erinnere mich sehr gut. Es war für uns Sozialdemokraten wichtig, dass

«

Es ist keine Schande, wenn ein Antrag von den Parlamentariern nicht akzeptiert wird

»

wir mit einem Vertreter im eidgenössischen Parlament dabei waren.

Sie wirkten bis 1995 im Nationalrat und krönten diese Karriere 1985/86 mit dem Amt des Nationalratspräsidenten. Sie wirkten in vielen Kommissionen mit und waren als Delegierter auch regelmässig im Ausland. Welches waren für Sie persönlich die Höhepunkte dieser Zeit in Bern?

Einerseits sicher mein Jahr als Nationalratspräsident, in dem ich sehr viele Menschen aus dem In- und Ausland kennenlernen durfte. Andererseits die Jahre 1990 und 1991, als ich die aussenpolitische Kommission präsidierte. Das war die Zeit der grossen Wende in der Sowjetunion.

Sicher erlebten Sie während ihrer 20-jährigen Zeit in Bundesbern auch Enttäuschungen ...

Enttäuschungen erlebt man als Politiker immer wieder, beispielsweise wenn ein Antrag, den man als bedeutend betrachtet, im Rat nicht durchkommt. Was aber keine Schande ist.

Parallel versuchten Sie bis 1986 mehrmals, für die SP ins Graue Haus zu gelangen. Sie scheiterten am Ende nur, weil im ersten Wahlgang das absolute Mehr noch hoch war und im zweiten Wahlgang die anderen Parteien zusammenhielten. Was hätte Sie denn am Regierungsamt gereizt?

Wenn ich zurückblicke, frage ich mich schon manchmal, ob es richtig war, mehr als einmal für dieses Amt zu kandidieren. Aber mir ging es mit meinem Antreten darum, dass in einem solchen Gremium mit lediglich fünf Regierungsräten auch die Stimme eines Sozialdemokraten gehört wird.

Heute geht es bei Wahlkämpfen relativ locker zu und her. Am Podium wird gestritten und nachher trinken die Kandidaten oft gemeinsame ein Bier in der Beiz. Wie war das bei Ihnen?

Grundsätzlich war das auch früher so. Wir tranken auch ein Bier miteinander, aber deswegen entstand mit den politischen Widersachern nicht eine eigentliche Freundschaft. Es gehörte einfach zum Usus.

Sie waren ja auch im Churer Gemeinderat. Wo haben Sie lieber politisiert, auf lokaler oder auf nationaler Ebene?

Ich habe auf beiden Ebenen gerne Politik gemacht. Im Churer Gemeinderat herrschte eine gute Atmosphäre über die Parteien hinweg und man hatte einen guten Überblick über die politischen Probleme. In Bern hingegen ist der Bekanntenkreis grösser geworden und man profitierte von einem intensivem Gedankenaustausch zwischen Landespolitikern verschiedener Parteien.

Ihrer Motion vom 21. Juni 1985 zur «Rätoromanischen Spracherhaltung» ist es beispielsweise zu verdanken, dass der Sprachenartikel der Bundesverfassung revidiert wurde. Fürchten Sie heute das Aussterben des Romanisch weniger? Nein, eigentlich nicht. Es ist immer noch erschreckend, wie die Zahl der

Sprechenden und Schreibenden zurückgeht.

Und der aktuelle Sprachenstreit? Wie bewerten Sie ihn?

Ich finde es richtig, dass Differenzen besprochen und ausgetragen werden. Aber es ist schade, dass diese Diskussion auch so heftig in deutschsprachigen Medien stattfindet. Das ist keine gute Referenz gegenüber Anderssprachigen. Indem dieser Streit so aufgebauscht wird, steigt die Gefahr, dass die eigentlichen Probleme der Rätoromanen nicht erkannt werden.

Was sind die eigentlichen Probleme?

Die Romanen brauchen unbedingt ein umschriebenes Sprachterritorium als Schutzraum. Ansonsten verliert die Sprache laufend. Beispielsweise wenn Gemeinden fusionieren und im neuen Gebiet das Deutsche amtlich auf einmal dem Romanischen vorausgeht. Oder wenn in mehrheitlich romanischsprachigen Gegenden in den Regionalparlamenten Deutsch geredet wird. Das ist eine Vernachlässigung der eigenen Muttersprache und gleichzeitig der Beginn einer grösseren Germanisierungswelle. Ausserdem müssten endlich mehr finanzielle Mittel von Bern für Erhaltungsmassnahmen gesprochen werden. Was wir jetzt zur Rettung einer Landessprache, die kein Hinterland hat, bekommen, ist wenig. Es braucht eine höhere Summe und dafür müsste die Lia Rumantscha eine seriöse und gut begründete Eingabe mit klar definierten Leistungsaufträgen ausarbeiten.

Sie wurden kürzlich 81, sind aber noch voller Tatendrang, was steht zuoberst auf ihrer Pendenzenliste?

(lacht) Das mit dem Tatendrang muss man relativieren. Wenn wir mit unserer Arbeit über die Ilanzer Stadtgeschichte fertig sind, würde ich gerne den Mangel geschichtlicher Reflektion bei Gemeindefusionsprozessen aufzeigen. Denn ich stelle fest, dass bei diversen Gemeindefusionsprojekten die historische Dimension überhaupt nicht gewürdigt wird.

Wie feiern Sie die hohe Anerkennung, die sie morgen Freitag von der Bündner Regierung erhalten werden?

Im Kreise der Gästeschar und bei einem Nachtessen mit den übrigen Preisträgern.

Zur Person

Martin Bundi ist 1932 in Sagogn geboren und dort als Sohn eines Handwerkers aufgewachsen. Er schloss 1952 das Lehrpatent in Chur ab und begann dann das **Sekundarlehrer- und Geschichtsstudium** an der Universität Zürich. 1963 wurde er in Zürich promoviert. Zwischen 1965 und 1997 war er Hauptlehrer am Lehrerseminar in Chur und von 1966 bis 1976 dessen **Vizedirektor**. Sein politisches Interesse wurde bereits in der Familie geweckt: Der Vater war Demokrat, der Grossvater liberal. Bundi entschied sich für die **Sozialdemokratie** und machte in der SP zunächst als **Gemeinderat von Chur (1972 bis 1975)**, anschliessend als **Nationalrat** (zwischen 1975 und 1995) politische Karriere. 1986 war er **Nationalratspräsident**. Bundi bekleidete ausserdem zahlreiche Ämter im kulturellen Bereich, wie beispielsweise bei der rätoromanischen Sprachvereinigung Renania. Morgen Freitag wird er mit dem Bündner Kulturpreis geehrt (17.15 Uhr, Grossratsaal, Chur). (BT)